

Millionäre zur Kasse.

Für die Krise sollen jene zahlen, die sie verursacht haben. Deshalb: Millionärs- und Börsenumsatzsteuer, kontrollierte Finanzmärkte und Banken.

www.hier-und-in-europa.de

DIE LINKE.

Millionäre zur Kasse.

*»Wir haben immer gesagt, dass wir eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte brauchen, weil alles andere zu einer Katastrophe führt.«
Gregor Gysi*

Noch ist nicht absehbar, wie viel die Finanzkrise wirklich kosten wird. Fest steht, dass das internationale Finanzsystem bis in seine Grundfesten erschüttert ist. Die EU-Staaten haben mehr als zwei Billionen Euro mobilisiert, um ihre Banken zu stützen. DIE LINKE fordert, dass für die Zeche diejenigen aufkommen, die zuvor von der Umverteilung von unten nach oben profitiert haben. Das ist gerecht und sozial zugleich.

Die Krise ist das Resultat einer gigantischen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Durch Lohn- und Steuerdumping hat der Anteil der Einnahmen aus Vermögen und Unternehmenstätigkeit enorm zugenommen, im Gegensatz zu den Löhnen und Gehältern. Dadurch wurde immer mehr Kapital auf die internationalen Finanzmärkte gespült. Die politisch gewollte Abschaffung der Kontrollinstrumente dieser Märkte hat es den Bankmanagern erst ermöglicht, Milliarden an den Spieltischen des internationalen Finanz-Casinos zu verzocken. Für die Spekulationsverluste und für die von Gier nach Rendite getriebenen Entscheidungen von Bankern oder Unternehmern sollen nun die Bürgerinnen und Bürger in Haftung genommen werden.

Die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte wurde auch von europäischen Regierungen vorangetrieben. Die Steuern für hohe Gewinne und Einkommen wurden gesenkt, soziale, steuerliche und ökologische Mindeststandards in der EU verhindert.

DIE LINKE sagt als einzige Partei: Wir wollen Reichtum begrenzen, um Armut wirksam zu bekämpfen. Wir wollen Steuergerechtigkeit.

Wir fordern eine Millionärsabgabe von fünf Prozent auf den Teil eines Vermögens, der eine Million überschreitet. Das macht keinen der Superreichen arm, aber den Staat handlungsfähiger. Darüber hinaus muss der Spitzensteuersatz bei hohen Einkommen auf 50 Prozent angehoben und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden.

Um die sozial Benachteiligten vor den Auswirkungen der Krise zu schützen, müssen europaweit Mindestlöhne eingeführt, die Real-löhne erhöht und die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut werden.

Private Großbanken gehören in öffentliche Hand. Der Finanzsektor muss strikt reguliert, Finanztransaktionen müssen in Deutschland und möglichst international besteuert werden, beispielsweise durch eine Börsenumsatzsteuer. Erst dann dienen Banken wieder dem Allgemeininteresse und nicht länger der Spekulation.

Um künftigen Krisen vorzubeugen, kämpft DIE LINKE für eine radikale Reform des internationalen Finanzsystems. Statt die Profite von Aktionären und Vermögensanlegern zu maximieren, muss sich der Finanzsektor wieder an den Bedürfnissen der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung ausrichten. Dazu braucht die Europäische Union demokratisch legitimierte und einheitliche Mechanismen für eine europäische Wirtschafts-, Finanz- und Industriepolitik.

DIE LINKE will eine Politik der Europäischen Union, die nicht den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise immer neue Milliarden hinterherwirft, sondern den Schutz der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund stellt.

Unterstützen Sie DIE LINKE für einen Wechsel in Europa. Registrieren Sie sich unter www.linksaktiv.de als Wahlkampfaktivistin oder Wahlkampfaktivist.

DIE LINKE führt ihren Wahlkampf als einzige Bundestagspartei unabhängig von Spenden großer Unternehmen und Banken.

Unterstützen Sie DIE LINKE mit einer Spende.

Konto 5000 600 000

BLZ 100 900 00 (Berliner Volksbank)

Kennwort: Wahlkampfspende

oder unter www.die-linke.de/spenden

Kontaktdaten: DIE LINKE

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Telefon: 030/24 00 99 99

Fax: 030/24 00 95 41

E-Mail: wahlquartier@die-linke.de

www.hier-und-in-europa.de

V.i.S.d.P. Dietmar Bartsch